

Kolumne Herausgeberrat Klettgauer Bote vom 28.4.2018

Martina Munz, Nationalrätin

Grenzen setzen ist unsere Pflicht!

Zwei Skandalrapper rufen zu Gewalt auf, hetzen gegen Homosexuelle, schreiben menschenverachtende Texte. Vergewaltigung und Missbrauch von Frauen gehört ebenso zu ihrem Repertoire wie geschmacklose Vergleiche mit Holocaustopfern. Die von gewissen Jugendlichen offensichtlich viel gehörte Band, wurde von den meisten Schweizer Veranstaltern abgewiesen, ob aus moralische Gründen oder wegen zu teuren Sicherheitsdispositiv sei dahingestellt. Nicht so in Schaffhausen. Der angekündigte Auftritt der Skandalband in der BBC-Arena sorgte für heftige Empörung. Das Konzert hätte den Veranstaltern vermutlich viel Geld in die Kasse gespült. Doch der Protest der Zivilgesellschaft, machte einen Strich durch die Rechnung. Die Hallenvermieterin wurde im Vorfeld auf die Problemrapper aufmerksam gemacht. Als Reaktion folgte eine Medienmitteilung. Darin wurde argumentiert, dass in unserem Rechtsstaat es Sache der Polizei und Justiz sei zu intervenieren. Die gemeinnützige Stiftung müsse als Hallenbetreiberin hohe Betriebskosten erwirtschaften. Damit stellte sie den Kommerz über die moralische Verantwortung. Erst der Druck der Öffentlichkeit konnte einen Meinungsumschwung bewirken. Den Veranstaltern wurde nahegelegt das Konzert abzusagen, die Mietkosten wurden erlassen. Das ist eine löbliche, wenn auch späte Wende. Auch die Verantwortlichen des renommierten Echo-Preises reagiert erst auf den öffentlichen Druck. Die Verleihung des Preises an die Skandalrapper bedeutet letztlich sogar das Ende des Echo-Preises. Ehemalige Preisträgerinnen und Preisträger protestierten mit einer Massentrückgabe ihres Preises. Der Preis verlor damit seine Bedeutung als kulturelle Auszeichnung. Auf die Interventionen wegen dem Konzert in Schaffhausen wurde ich von „Rap-Verstehern“ belehrt, dass der Gangsterrap provozieren und beleidigen müsse, das gehöre zum Genre. Doch wer provoziert, der sucht nach Grenzen. Setzen wir diese. Unsere Gesellschaft darf die Augen vor ihrer moralischen Verantwortung nicht verschliessen.

Diese Tage wurde bekannt, dass Didier Burkhalter aus dem Bundesrat zurückgetreten ist, weil er den Konsens im Gremium nicht mehr gefunden hat. Die Anliegen der Rüstungsindustrie wurden höher gewichtet als die humanitäre Tradition der Schweiz. Dieses einseitige Profitdenken konnte er nicht mehr mit seinem Gewissen vereinbaren. Wer keine Grenzen setzt, macht sich mitschuldig.